

THÜR. LANDTAG POST
22.08.2019 17:18

18504/2019

Thüringer Forstverein e.V. – Possenallee 54 – 99706 Sondershausen



Den Mitgliedern des AfILF

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3276

zu Drs. 6/6959

ergänzendes An-
hörungsverfahren

Thüringer Landtag

per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Thüringer Forstverein e.V.

– Geschäftsstelle –
Possenallee 54
D-99706 Sondershausen

Tel.: 03632 713961
Fax: 03632 713964
E-Mail: thueringen@forstverein.de

2019-08-14

Ergänzendes schriftliches Anhörungsverfahren: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

- Drucksache 6/6959 - i.V.m. den Änderungsanträgen (Vorlagen 6/5654, 6/5666 sowie 6/5772)

Ihr Schreiben: Drs.6/6959-A 6.1/wa

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes wiederholt Stellung nehmen zu dürfen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung, der sich nicht geändert hat, gilt unsere Stellungnahme vom 31.05.2019 ebenfalls unverändert fort.

Wir nehmen nachfolgend zu den vorliegenden Änderungsanträgen wie folgt Stellung:

Zum Änderungsantrag der AfD- Fraktion (Vorlage 6/5654)

zu I.1.: § 6 Befriedete Bezirke - keine Anmerkung.

zu I.2.: § 21 Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes - keine Anmerkung.

zu I.3.: § 29 Sachliche Gebote und Verbote - keine Anmerkung.

zu I.4.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.5.: § 39 Verwendung von Jagdhunden - Zustimmung. Da die vorgesehene Regelung zum Überjagen von Hunden unsererseits ausdrücklich gewünscht wird, kann auch die Frist einer Woche für die Anzeige akzeptiert werden. Allerdings verweisen wir nochmals auf unsere letzte Stellungnahme zur vorgesehenen Regelung hinsichtlich des Bezuges des zweimaligen Überjagens bei großen Wald- Jagdbezirken auf die Revierebene.

zu I.6.: § 41 Jagdschutzberechtigte - Zustimmung.

zu I.7.: § 41 Jagdschutzberechtigte - keine Anmerkung.

zu I.8.: § 42 Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten - keine Anmerkung.

zu I.9.: § 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes - Ablehnung. Die von der Landesregierung beabsichtigte Verlagerung der Regelungen zur Notzeit und Fütterung auf die Verordnungsebene wird unsererseits als angemessen und ausreichend betrachtet. Eine gleichwertige Betrachtung von Haus- und Wildtieren, wie es die Begründung des vorliegenden Änderungsantrages suggeriert, ist unseres Erachtens unsachgemäß. Wildtiere gehören grundsätzlich niemandem und haben damit auch keinen „Betreuer“.

zu I.10.: § 52 Jagdbeirat - Ablehnung. Das in der Begründung dargestellte „Übergewicht der Forstwirtschaft“ ist eine reine Spekulation und nimmt weder Rücksicht auf die Tatsache, dass die Schalenwildarten in Thüringen ihre Haupteinstände im Wald haben, noch auf die Notwendigkeit, die Belange der Forstwirtschaft gerade im Hinblick auf den aktuell katastrophalen Zustand vieler Waldflächen eher zu stärken, als zu mindern.

zu I.11.: § 56 Ordnungswidrigkeiten

- a) Keine Anmerkung.
- b) Zustimmung.

Zu II. und III: Regelungen zu bleihaltigem Schrot - keine Anmerkung.

Zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Vorlage 6/5666)

zu I.1. und I.2: § 8 Eigenjagdbezirke - Zustimmung. Die Forstämter sind Verwaltungsebenen der Landesforstanstalt, daher sollten sich auf dieser Ebene auch die Eigenjagdbezirke abgrenzen. Die Regelungen für die anderen dargestellten Eigenjagdbezirke werden analog dazu gesehen.

zu I.3.: § 11 Jagdgenossenschaft - keine Anmerkung.

zu I.4.: § 14 Verpachtung - Ablehnung. Die von der Landesregierung vorgesehene Aufhebung der Klassifizierung wird nach wie vor als sinnvoll erachtet.

zu I.5.: § 21 Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes - Ablehnung. Eine Ausdehnung des Antragsrechts auf die Hegegemeinschaft wird nicht für erforderlich gehalten.

zu I.6.: § 26 Jagdschein - keine Anmerkung.

zu I.7.: § 27 Mittel zur Förderung des Jagdwesens und Gegenstand der Förderung - Ablehnung. Eine Änderung des Entwurfs der Landesregierung wird unsererseits nicht für erforderlich gehalten. Die bisherige Zuständigkeit der Obersten Jagdbehörde sollte erhalten bleiben.

zu I.8.: § 29 Sachliche Gebote und Verbote - keine Anmerkung.

zu I.9.: § 30 Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd - Zustimmung. Der Vorschlag zur Definition der Drückjagd erscheint in dieser Form klar und verständlich.

zu I.10.: § 32 Regelung der Bejagung - Ablehnung. Der Thüringer Forstverein sieht nach wie vor einen erheblichen Bedarf zur Anpassung des Thüringer Jagdgesetzes gemäß des in der Präambel dargestellten „Problem und Regelungsbedürfnisses“. Nach unserer Auffassung ist die für § 32 vorgesehene Änderung eine der maßgeblichen Änderungen des vorgesehenen Gesetzgebungsverfahrens, auch wenn sie uns immer noch nicht weit genug geht (siehe unsere

Stellungnahme vom 31.05.2019). Ein Verzicht auf die hier von der Landesregierung vorgesehenen Regelungen wäre unsererseits nicht akzeptabel.

zu I.11.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.12.: § 34 Aussetzen von Tieren - Ablehnung. Die Begründung im Gesetzentwurf der Landesregierung ist unseres Erachtens deutlich und schlüssig.

zu I.13.: § 42 Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten - keine Anmerkung.

zu I.14.: § 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes - Ablehnung. Die von der Landesregierung beabsichtigte Verlagerung der Regelungen zur Notzeit und Fütterung auf die Verordnungsebene wird unsererseits als angemessen und ausreichend betrachtet.

zu I.15.: § 50 Jagdbehörde - Ablehnung. Der Thüringer Forstverein sieht für die vom Gesetzgeber geforderte Vorbildlichkeit der Waldbewirtschaftung im Staatswald auch adäquate Regelungen im Jagdgesetz als für erforderlich an. Eine Zuständigkeit der Obersten Jagdbehörde wird dem gerecht. Analoge Zuständigkeitsregelungen finden sich auch im Naturschutzrecht für Schutzgebiete von besonderer Bedeutung. Wenn wie in der Begründung des vorliegenden Änderungsantrages die Fachkompetenz der Forstbediensteten erhalten bleiben soll, wäre die beste Möglichkeit, der Landesforstanstalt ihre Zuordnung von Aufgaben der Unteren Jagdbehörde wie bisher zu erhalten. Eine Verlagerung auf die unteren Jagdbehörden der Kreise und Kreisfreien Städte bringt in dieser Hinsicht jedoch keine Verbesserung, da die beschriebene Forstkompetenz in diesen Behörden nur im Einzelfall vorhanden ist.

Zu II. und III: - keine Anmerkungen.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Vorlage 6/5772)

zu I.1.: § 30 Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd - Ablehnung. Die bisherige Definition der „Drückjagd“ bedarf dringend einer sachgerechten Anpassung. Dem Vorschlag der CDU- Fraktion sollte in diesem Punkt gefolgt werden.

zu I.2.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.3.: § 39 Verwendung von Jagdhunden - Zustimmung.

zu I.4.: § 56 Ordnungswidrigkeiten - Zustimmung.

Zu II. und III: - keine Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

(Vorsitzender)

Anlagen: Erklärungen